

Frau
Regierungsrätin Bettina Surber
Vorsteherin des Bildungsdepartementes
Davidstrasse 35
9001 St.Gallen

St.Gallen, 23. Februar 2026

FDP des Kantons St.Gallen
071 222 45 45
sekretariat@fdp.sg

Vernehmlassungsantwort zur «Totalrevision Stipendiengesetz»

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Namens der FDP des Kantons St.Gallen danken wir für die Möglichkeit, im Rahmen der bis zum 16. Februar 2026 dauernden Vernehmlassung zur «Totalrevision Stipendiengesetz» Stellung beziehen zu dürfen.

Die FDP unterstützt das Ziel der Totalrevision des Stipendiengesetzes. Die FDP begrüsst, dass mit diesem ein modernes und zugängliches Stipendiengesetz geschaffen werden soll, ohne dass zusätzliche Leistungen oder eine Ausweitung des Anwendungsbereichs miteinhergehen. Auch die Orientierung am Stipendienkonkordat ist sinnvoll und zielorientiert. Dies setzt eine solide Basis für die Revision und die dadurch verbundene Sicherstellung einer bedarfsgerechten Stipendienvergabe. Ein modernes Stipendienrecht stärkt den Wirtschafts- und Innovationsstandort St.Gallen und unterstützt das duale Bildungssystem.

Allerdings bleibt der Entwurf in zentralen Punkten unvollständig und wirft grundsätzliche Fragen zur Ausgestaltung des Stipendiensystems auf:

› **Finanzierung ist ungeklärt**

Die geschätzten Mehrausgaben von jährlich 2,5 bis 3 Millionen Franken entsprechen 30 Prozent des Ausbildungsbudgets. Obwohl diese finanzielle Mehrbelastung im Entwurf beziffert wird, fehlen Angaben zur Finanzierung. Es bleibt unklar, ob diese Mittel durch Umschichtungen innerhalb des Budgets für die Ausbildungsbeiträge bereitgestellt werden können oder ob zusätzliche Mittel zur Finanzierung notwendig sind. Aus Sicht der FDP ist es zentral, dass transparent aufgezeigt wird, woher diese Mittel beschafft werden sollen. Die Regierung wird daher aufgefordert, die Mittelbeschaffung für die Mehrausgaben darzulegen.

› **Darlehen ausbauen und Eigenverantwortung stärken**

Eng verknüpft mit der Finanzierungsfrage ist das Verhältnis zwischen den Stipendien und den zinslosen Darlehen. Die FDP begrüsst die Einführung der zinslosen Darlehen, jedoch bleiben diese faktisch ein Randprodukt. Gemäss dem Bundesamt für Statistik wurden im Jahr 2024 im Kanton St.Gallen rund 96 Prozent der Ausbildungsbeiträge als Stipendien geleistet und nur rund 4 Prozent als Darlehen. Darlehen anstelle von Stipendien fördern jedoch die Selbstverantwortung, schaffen Anreize für einen zielgerichteten Studienabschluss und entlasten das Staatsbudget nachhaltig, da zurückbezahlte Mittel wieder zur Verfügung stehen. Die FDP fordert daher einen deutlich stärkeren Fokus auf Studiendarlehen anstelle von der Ausbezahlung von Stipendien. Diese sollen als gleichwertige und attraktive Alternative zu den Stipendien positioniert werden. Der Ansatz der Eigenverantwortung ist bereits im Entwurf verankert, unter anderem mit der Abschaffung der Fehlanreize bei Nebenjobs. Erwerbstätigkeit neben der Ausbildung fördert nicht nur die Eigenverantwortung, sondern erleichtert auch den späteren Berufseinstieg. In diesem Zusammenhang regt die FDP zusätzlich dazu an, auch über Instrumente nachzudenken, die weitere Anreize für einen zielgerichteten

Studienverlauf schaffen, zum Beispiel Leistungsnachweise. Dies stellt sicher, dass die öffentlichen Mittel wirksam eingesetzt werden.

› **Transparenz und Gewaltenteilung sicherstellen**

Der Gesetzesentwurf ist als Rahmengesetz konzipiert und delegiert zentrale Fragen in die Verordnung. Die Bemessung der Stipendien, die Anrechnung von Einkommen und Vermögen sowie die Anerkennung von Ausbildungen regelt die Regierung eigenständig durch die Verordnung. Der Entwurf zeigt jedoch nur die Grundlagen dieser Verordnung auf. Somit wäre dies ein Gesetz, dessen konkret geltende Parameter noch nicht definiert sind. Die FDP fordert daher, dass zentrale Parameter, so zum Beispiel Bemessungswerte, bereits im Gesetz festgelegt oder bereits konkreter in Botschaft und Entwurf der Regierung beschrieben werden werden.

Zusätzlich problematisch ist, dass der Entwurf vorsieht, dass neu das Bildungsdepartement anstelle der Regierung die Mitglieder der Stipendienkommission wählt. Die Stipendienkommission berät das zuständige Departement und hat eine wichtige Funktion bei der Vorberaterung von Verordnungsanpassungen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass ihre Zusammensetzung auf Regierungsebene und nicht auf Verwaltungsebene entschieden wird. Die FDP fordert, dass die Wahl der Kommissionsmitglieder bei der Regierung verbleibt, um den Verwaltungseinfluss auf politische Entscheidungen zu minimieren.

Die FDP begrüsst die Totalrevision des Stipendiengesetzes, fordert die Regierung jedoch dazu auf, die aufgezeigten Lücken im Entwurf zu schliessen. Insbesondere ein Plan für die Mittelbeschaffung, ein stärkerer Fokus auf Studiendarlehen und Eigenverantwortung sowie die Sicherstellung demokratischer Kontrolle sind zentral. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
FDP des Kantons St.Gallen



Kantonsrat Oskar Seger
Parteipräsident



Kantonsrat Raphael Frei
Fraktionspräsident